

Zu Tagesordnungspunkt 35:

Neubauten von Kindertagesstätten durch die WGL

- Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Freie Wähler OWG-UWG vom 05.05.10
- Antrag Nr. 0484/2010
- Redebeiträge Rh. Schoofs

Meine nachfolgende Erklärung, bitte ich auch im Namen meiner Fraktion zum Protokoll zu nehmen:

Hatte unsere Fraktion bisher zunächst jahrelang nur gedacht, dass Herr Häusler, unser Kämmerer, mitverantwortlich für die riesigen Schulden unserer Stadt ist und zudem unfähig, die Finanzprobleme Leverkusens zu lösen, müssen wir unsere begründete Meinung nun ergänzen. Er ist mit seiner Arbeit unseres Erachtens augenscheinlich wider besseres Wissen bewusster und aktiver Totengräber unserer Stadt. Sein Vorschlag, zu Lasten der WGL das Finanzierungsproblem zum Bau der Kindertagesstätten zu lösen, macht uns endgültig deutlich, dass er nach unserer Meinung vor nichts zurückschreckt, sondern nun auch noch die städtischen Töchter finanziell ausplündern möchte und dass er dabei in Kauf nimmt, dass sich auch unsere Stadt weiter verschuldet. Denn die Folgekosten nach dem Bau der Kindertagesstätten (Personal, Material, etc.) kann und darf die WGL nicht bezahlen. Diese Millionen gehen wieder und zudem zusätzlich zu Lasten unserer Stadt. Herr Häusler handelt mit seiner Form der Schuldenpolitik nach unserer Meinung nicht nur zutiefst unverantwortlich, sondern unseres Erachtens wohl auch bewusst widerrechtlich. Die Gelder der WGL sind zudem dazu bestimmt, die Wohnungen der WGL-Mieter und deren Umfeld zu sanieren und zu attraktivieren sowie besseren und guten Wohnraum für die Bürger Leverkusens zu schaffen. Nicht, um andere Aufgaben der bankrotten Stadt zu finanzieren. Danke.

Im Verlaufe der Diskussion gibt Rh. Schoofs einen weiteren Wortbeitrag zu Protokoll:

Unser Problem, und wir haben das ja schon öfter in unseren Bemerkungen zu den Finanzplanungen deutlich gemacht, ist, dass wir bisher, wenn wir vor etwas gewarnt haben, durchweg Recht behalten haben. Der Regierungspräsident bzw. die Regierungspräsidenten schlossen sich unseren Einschätzungen an, und wir haben im Grunde genommen dabei folgenden Effekt: Die Stadt ist überschuldet und die Stadt ist bewegungsunfähig.

Was machen wir jetzt? Wir weichen jetzt auch noch auf unsere Tochtergesellschaften aus und versuchen, auf diesem Wege weitere Schulden zu machen. Denn, man sagt einfach: die WGL macht das mit Fremdfinanzierung. Wer zahlt denn die Miete? Die Stadt. Dafür haben wir aber kein Geld. Wir wissen, im konsumtiven Bereich steht kein Pfennig mehr zur Verfügung. Keiner von Ihnen sagt auch, woher er das Geld für die Mieten nehmen will. Diese Auskunft wird verweigert. Und nicht zu vergessen, der riesige Personalbedarf, den wir dann benötigen, und das wissen Sie alle, kostet Milli-

onen, Jahr für Jahr. Dafür haben wir auch kein Geld. Das weiß der Kämmerer erst recht. Er weiß also sowohl, dass wir für die Mieten kein Geld haben, als auch, dass wir für das Personal und Material kein Geld haben, und trotzdem befürwortet er eine solche Vorgehensweise. Für uns ist dies unverantwortlich, und das haben wir in unserer Erklärung ja deutlich gemacht.

Und, meine Damen und Herren, nur zu Ihrer Erinnerung, und dies möchte ich ausgesprochen gerne auch im Protokoll wieder finden: Die Verantwortung für unseren Haushalt trägt niemand anderes als der Rat. Und die BÜRGERLISTE gibt hiermit noch einmal zu bedenken, dass wir hier über Summen beschließen, über die wir rechtlich nicht mehr verfügen können, da wir das entsprechende Geld dafür nicht haben. Heißt mit anderen Worten, wir verstoßen hier gegen die Gemeindeordnung. Der Regierungspräsident hat uns das schon mehrfach in seinen Duldungsverfügungen mitgeteilt, dass ausschließlich wir für den Haushalt verantwortlich sind. Das heißt also mit anderen Worten, dass wir auch rechtlich für solche Entscheidungen gerade stehen müssen. Und aus diesem Grunde müssen wir feststellen, dass wir leider hierfür kein Geld haben, und da wäre es nicht schlecht, wenn wir sagen würden: „Hört mal, Ihr lieben vorgeordneten Behörden, wir würden gerne Kindertagesstätten bauen, so wie ihr das im Bund und Land beschlossen habt, aber da wir kein Geld haben, müsst ihr uns leider das Geld geben, oder wir können diese Baumaßnahmen und ihre Folgekosten nicht übernehmen.“